

Die Taliban bieten den USA an, die Verbindungen zu Al-Qaida zu kappen und zu verhindern, dass von Afghanistan aus Anschläge in anderen Ländern verübt werden.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 285/09 – 21.12.09**

Die USA schweigen zu dem Angebot der Taliban, Al-Qaida nicht mehr von Afghanistan aus agieren zu lassen

Von Gareth Porter

IPS/TERRAVIVA, 15.12.09

(<http://www.ipsterraviva.net/UN/currentNew.aspx?new=6951>)

WASHINGTON – Der Regierung Barack Obamas weigert sich, auf ein Angebot einzugehen, das die Taliban-Führung Anfang Dezember gemacht hat (s. <http://www.information-clearinghouse.info/article24128.htm>); die Taliban sind bereit "eine rechtsverbindliche Garantie" abzugeben, dass von Afghanistan keine Angriffe auf andere Länder ausgehen werden.

Das Schweigen der US-Regierung zu diesem Vorschlag lässt die Tür zu Verhandlungen mit den Taliban offen, obwohl Außenministerin Hilary Clinton öffentlich erklärt hat, sie stehe jedem Angebot der Taliban, sich von Al-Qaida zu trennen, sehr skeptisch gegenüber. Die Taliban haben die Zurückhaltung der Obama-Regierung als Ablehnung ihres Angebots aufgefasst.

Das Angebot war in einer Erklärung der Taliban vom 4. Dezember enthalten und wurde am Tag darauf per E-Mail an Presseagenturen verschickt; es besagt, dass die Organisation "nicht die Absicht hat, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen und bereit ist, dafür eine rechtsverbindliche Garantie abzugeben, wenn sich die ausländischen Streitkräfte aus Afghanistan zurückziehen".

(Die entsprechende Passage in der verlinkten Taliban-Quelle lautet: "The Afghans, particularly the Islamic Emirate of Afghanistan, has no agenda of meddling in the internal affairs of other countries and is ready to give legal guarantee if the foreign forces withdraw from Afghanistan." Übersetzt heißt das: "Die Afghanen und besonderes das Islamische Emirat Afghanistan haben nicht die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, und sind bereit, dafür eine rechtsverbindliche Garantie abzugeben, wenn sich die ausländischen Truppen aus Afghanistan zurückziehen.")

In der Erklärung wird Al-Qaida nicht namentlich erwähnt, es wird auch nicht erklärt, was unter "rechtsverbindlicher Garantie" und "Einmischung" zu verstehen ist, es ist aber offensichtlich eine Antwort auf die Behauptung der USA, der Krieg in Afghanistan sei notwendig, um zu verhindern, dass Al-Qaida dort wieder sichere Schlupfwinkel erhält.

Die Taliban scheinen eine Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten aushandeln zu wollen, in der sie den Abbruch der Beziehungen zu Al-Qaida erklären, zusammen mit einigen noch unbestimmten Maßnahmen, die Al-Qaidas Anwesenheit in Afghanistan beenden sollen; als Gegenleistung erwarten sie einen Zeitplan für den Abzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan.

Obwohl IPS (Inter Press Service) letzte Woche wiederholt bei P. J. Crowley, dem Sprecher des US-Außenministeriums, und bei der Pressestelle des Nationalen Sicherheitsrates

nachgefragt hat, ob Außenministerin Clinton oder Präsident Obama über das Taliban-Angebot informiert wurden, ist bisher keine Antwort auf diese Frage eingetroffen.

Anand Gopal vom WALL STREET JOURNAL, der am 5. Dezember als einziger über das Taliban-Angebot berichtete, hatte vorher einen US-Offiziellen gefragt, was mit "rechtsverbindlicher Garantie" gemeint sein könnte.

Der Beamte, der von einem Angebot der Taliban nichts gewusst haben will, gab eine Antwort, die offensichtlich auf einer dazu ausgegebenen politischen Direktive beruhte: Er bezweifelte die Bereitschaft der Taliban, ihre Verbindungen zu Al-Qaida zu kappen. "Das sind doch die gleichen Leute, die sich geweigert haben, bin Laden auszuliefern, obwohl sie damit ihrem Land einen Krieg erspart hätten," erklärte der Offizielle. "Sie haben damals nicht mit den Terroristen gebrochen, warum sollten wir sie also jetzt ernst nehmen?"

Als George Stephanopoulos, der Gastgeber in der Sendung "This Week" (Diese Woche) des TV-Senders ABC NEWS, einen Tag später Frau Clinton fragte, ob man mit "hochrangigen Taliban" verhandeln werde, antwortete sie: "Wir wissen es noch nicht."

Dann benutzte sie das gleiche Argument, das der ungenannte US-Offizielle schon in dem Gespräch mit Gopal gebracht hatte. "Wir haben (den Taliban-Führer) Mullah Omar, aufgefordert, bin Laden auszuliefern, bevor wir nach dem 11.09. Afghanistan angegriffen haben," erklärte Frau Clinton. "Er hat es nicht getan, und ich weiß nicht, warum wir glauben sollten, dass er sich inzwischen geändert hat." (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP27609_111209.pdf)

Im gleichen ABC-Interview sagte Verteidigungssekretär Robert Gates, die Taliban seien nicht bereit, unter US-Bedingungen zu verhandeln, wenn ihr Elan nicht vorher gebrochen werde.

"Ich denke, die Bereitschaft der Führung der Taliban oder anderer Anführer, unter den Bedingungen zu verhandeln, die Frau Clinton gerade genannt hat, wird wahrscheinlich wachsen, wenn sie ins Hintertreffen geraten sind und begriffen haben, dass sie verlieren werden," erläuterte Gates.

In einer weiteren Erklärung, die zwei Tage nach dem Clinton/Gates-Interview in ABC verbreitet wurde, behaupteten die Taliban, die sich darin "Mudschaheddin" nennen, ihr "Vorschlag" sei von den Vereinigten Staaten zurückgewiesen worden.

In der Erklärung heißt es u. a.: "Washington hat den konstruktiven Vorschlag der Führung der Mudschaheddin zurückgewiesen." Dann wird erneut versichert: "Die nächste, von den Mudschaheddin gestellte Regierung wird sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen, auch nicht in die der Nachbarländer, wenn die ausländischen Truppen aus Afghanistan abziehen."

Die Tatsache, dass sowohl das Außenministerium als auch der Nationale Sicherheitsrat zu dem erneuten Angebot schweigen und die skeptischen Clinton/Gates-Äußerungen sich nicht wiederholen, lässt stark vermuten, dass das Weiße Haus die Tür zu Verhandlungen mit den Taliban über einen Truppenabzug beim Abbruch der Taliban-Verbindungen zu Al-Qaida und über andere Probleme nicht öffentlich zuschlagen will.

Im letzten Monat gab ein US-Diplomat in Kabul einen noch deutlicheren Hinweis auf den Zusammenhang zwischen dem Abzug der US-Truppen und dem Kappen der Verbindungen zwischen den Taliban und Al-Qaida.

Am 11. November veröffentlichte die Kolumnistin Trudy Rubin nach einem Kabul-Besuch im PHILADELPHIA INQUIRER einen Artikel, in dem sie einen anonymen US-Offiziellen mit folgender Äußerung zitierte: "Wenn die Taliban uns erklären würden, dass sie mit Al-Qaida gebrochen haben und ihre politischen Ziele – die wir natürlich auch weiterhin verabscheuen – künftig gewaltlos verfolgt werden, müssten wir nicht 68.000 oder mehr Soldaten in Afghanistan behalten."

Diese Erklärung spiegelte die offensichtliche Bereitschaft wider, ein Abkommen auszuhandeln, das den Abzug der US-Truppen für den Fall vorsieht, dass die Taliban die Beziehungen zu Al-Qaida abbrechen.

Eine wichtige Fraktion in der Obama-Regierung bezichtigt diejenigen, die verbreiten, dass sich die Wege der Taliban und Al-Qaidas trennen könnten, den Westen absichtlich täuschen zu wollen.

Bruce Riedel von der Brookings Institution (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Brookings_Institution), der die im letzten Frühjahr durchgeführte Überprüfung der Afghanistan- und Pakistan-Politik der Regierung leitete, sagte kürzlich: "Es wird eine Menge Nebel geworfen, um die Menschen zu verwirren."

Aber sogar der Hardliner Riedel gibt zu, dass die Angriffe der pakistanischen Taliban auf das pakistanische Militär und den pakistanischen Geheimdienst Inter-Services Intelligence Directorate / ISI die engen Beziehungen zwischen den afghanischen Taliban und ISI gefährden. Die pakistanischen Taliban haben nach wie vor enge Verbindungen zu Al-Qaida.

Die Taliban begannen bereits im September 2007, ihre Bereitschaft zu Verhandlungen mit den USA und der NATO zu signalisieren. Das öffentlich bekundete Angebot, sich von Al-Qaida zu trennen, wenn die (ausländischen) Truppen abziehen, erfolgte aber erst vor drei Monaten.

In der Botschaft, die Taliban-Führer Mullah Omar zum Fest des Fastenbrechens (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Fest_des_Fastenbrechens) Mitte September verbreiten ließ, versicherte er allen Ländern: "Der Taliban-Staat wird seine Hand nicht heben, um andere zu gefährden, wie wir es auch anderen nicht erlauben, uns zu gefährden. Unsere Ziel ist es, die Unabhängigkeit unseres Landes zu gewinnen und einen gerechten islamischen Staat zu errichten."

Die Führung der Aufständischen hat aber auch betont, dass nur verhandelt wird, wenn die USA zum Truppenabzug bereit sind. Am 25. November – noch vor Obamas Ankündigung von Truppenverstärkungen für Afghanistan – gab Mullah Omar eine 3.000 Worte umfassende Erklärung ab. Darin hieß es: "Das Volk Afghanistans wird nicht in Verhandlungen eintreten, mit denen die Militärpräsenz der Eindringlinge in unserem geliebten Land verlängert und legitimiert werden soll." ... "Die amerikanischen Invasoren wollen durch Verhandlungen nur erreichen, dass sich die Mudschaheddin ergeben," teilte er mit.

Das impliziert, dass die Taliban verhandeln werden, wenn die USA nicht auf der Anwesenheit von US-Truppen in Afghanistan bestehen.

Am Tag nach dem Taliban-Angebot an Washington richtete der afghanische Präsident Hamid Karzai einen öffentlichen Appell an die Vereinigten Staaten, direkte Verhandlungen mit der Taliban-Führung zu beginnen.

In einem Interview mit Christiane Amanpour von (dem US-TV-Sender) CNN sagte Karzai,

es bestehe eine "dringende Notwendigkeit" für Verhandlungen mit den Taliban, und machte deutlich, dass die Obama-Regierung sich solchen Gesprächen widersetze.

Karzai sagte nicht ausdrücklich, dass er die USA bei solchen Gespräche am Tisch haben wolle, stellte aber fest: "Allein können wir sie nicht führen."

Gareth Porter ist ein investigativer Journalist und Historiker, der sich auf die nationale Sicherheitspolitik der USA spezialisiert hat. Die Paperback-Ausgabe seines letzten Buches "Perils of Dominance: Imbalance of Power and the Road to War in Vietnam" (Risiken der Überlegenheit: Die Unausgewogenheit der Macht und der Weg in den Vietnam-Krieg) wurde 2006 veröffentlicht (s. auch http://en.wikipedia.org/wiki/Gareth_Porter).

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern versehen. Die USA werden ihre Truppen natürlich nicht freiwillig aus Afghanistan abziehen, auch wenn sie damit ihr angebliches Hauptkriegsziel – die Vertreibung Al-Quaidas aus Afghanistan – kampfflos erreichen könnten. Sie sind "wie zu Beginn des Krieges immer noch entschlossen, einen Brückenkopf in Zentralasien zu errichten, von dem aus sie das Wachstum Chinas beobachten und verdeckte, zersetzende Operationen gegen Russland durchführen können; außerdem wollen sie die lebenswichtigen Pipelines aus dem kaspischen Becken kontrollieren und in der heute geopolitisch wichtigsten Region militärisch präsent sein" [s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP27809_141209.pdf]. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



U.S. Silent About Taliban Guarantee Offer on al Qaeda

Analysis by Gareth Porter

WASHINGTON, Dec 15 (IPS) - The Barack Obama administration is refusing to acknowledge an offer by the leadership of the Taliban in early December to give "legal guarantees" that it will not allow Afghanistan to be used for attacks on other countries.

The administration's silence on the offer, despite a public statement by Secretary of State Hilary Clinton expressing scepticism about any Taliban offer to separate itself from al Qaeda, effectively leaves the door open to negotiating a deal with the Taliban based on such a proposal. The Taliban, however, has chosen to interpret the Obama administration's position as one of rejection of its offer.

The Taliban offer, included in a statement dated Dec. 4 and e-mailed to news organisations the following day, said the organisation has "no agenda of meddling in the internal affairs of other countries and is ready to give legal guarantees if foreign forces withdraw from Afghanistan".

The statement did not mention al Qaeda by name or elaborate on what was meant by "legal guarantees" against such "meddling", but it was an obvious response to past U.S. insistence that the U.S. war in Afghanistan is necessary to prevent al Qaeda from having a safe haven in Afghanistan once again.

It suggested that the Taliban is interested in negotiating an agreement with the United States involving a public Taliban renunciation of ties with al Qaeda, along with some unde-

financed arrangements to enforce a ban on al Qaeda presence in Afghanistan in return for a commitment to a timetable for withdrawal of foreign troops from the country.

Despite repeated queries by IPS to the State Department spokesman P. J. Crowley and to the National Security Council's press office over the past week about whether either Secretary Clinton or President Obama had been informed about the Taliban offer, neither office has responded to the question.

Anand Gopal of The Wall Street Journal, whose Dec. 5 story on the Taliban message was the only one to report that initiative, asked a U.S. official earlier that day about the offer to provide "legal guarantees".

The official, who had not been aware of the Taliban offer, responded with what was evidently previously prepared policy guidance casting doubt on the willingness of the Taliban to give up its ties with al Qaeda. "This is the same group that refused to give up bin Laden, even though they could have saved their country from war," said the official. "They wouldn't break with terrorists then, so why would we take them seriously now?"

The following day, asked by ABC News "This Week" host George Stephanopoulos about possible negotiations with "high level" Taliban leaders, Clinton said, "We don't know yet."

But then she made the same argument the unnamed U.S. official had made to Gopal on Saturday. "[W]e asked Mullah Omar to give up bin Laden before he went into Afghanistan after 9/11," Clinton said, "and he wouldn't do it. I don't know why we think he would have changed by now."

In the same ABC interview, Defence Secretary Robert Gates suggested that the Taliban would not be willing to negotiate on U.S. terms until after their "momentum" had been stopped.

"I think that the likelihood of the leadership of the Taliban, or senior leaders, being willing to accept the conditions Secretary Clinton just talked about," Gates said, "depends in the first instance on reversing their momentum right now, and putting them in a position where they suddenly begin to realise that they're likely to lose."

In a statement issued two days after the Clinton-Gates appearance on ABC, the Taliban leadership, which now calls itself "Mujahideen", posted another statement saying that what it called its "proposal" had been rejected by the United States.

The statement said, in part, "Washington turns down the constructive proposal of the leadership of Mujahideen," and repeated its pledge to "ensure that the next government of the Mujahideen will not meddle in the internal affairs of other countries including the neighbours if the foreign troops pull out of Afghanistan."

The fact that both the State Department and the NSC are now maintaining silence on the offer rather than repeating the Clinton-Gates expression of scepticism strongly suggests that the White House does not want to close the door publicly to negotiations with the Taliban linking troop withdrawal to renunciation of ties with al Qaeda, among other issues.

Last month, an even more explicit link between U.S. troop withdrawal and a severing by the Taliban of its ties with al Qaeda was made by a U.S. diplomat in Kabul.

In an article published Nov. 11, Philadelphia Inquirer columnist Trudy Rubin, who was then visiting Kabul, quoted an unnamed U.S. official as saying, "If the Taliban made clear to us

that they have broken with al Qaeda and that their own objectives were nonviolent and political - however abhorrent to us - we wouldn't be keeping 68,000-plus troops here."

That statement reflected an obvious willingness to entertain a negotiated settlement under which U.S. troops would be withdrawn and the Taliban would break with al Qaeda.

A significant faction within the Obama administration has sought to portray those who suggest that the Taliban might part ways with al Qaeda as deliberately deceiving the West.

Bruce Riedel of the Brookings Institution, who headed the administration's policy review of Afghanistan and Pakistan last spring, recently said, "A lot of smoke is being thrown up to confuse people."

But even the hard-liner Riedel concedes that the Pakistani Taliban's attacks on the Pakistani military and Inter-Services Intelligence Directorate (ISI) threaten the close relationship between the Afghan Taliban and ISI. The Pakistani Taliban continue to be closely allied with al Qaeda.

The Taliban began indicating its openness to negotiations with the United States and NATO in September 2007. But it began to hint publicly at its willingness to separate itself from al Qaeda in return for a troop withdrawal only three months ago.

Taliban leader Mullah Omar's message for Eid al-Fitr in mid-September assured "all countries" that a Taliban state "will not extend its hand to jeopardise others, as it itself does not allow others to jeopardise us... Our goal is to gain independence of the country and establish a just Islamic system there."

But the insurgent leadership has also emphasised that negotiations will depend on the U.S. willingness to withdraw troops. In anticipation of Obama's announcement of a new U.S. troop surge in Afghanistan, Mullah Omar issued a 3,000-word statement Nov. 25 which said, "The people of Afghanistan will not agree to negotiations which prolongs and legitimises the invader's military presence in our beloved country. ... The invading Americans want Mujahidin to surrender under the pretext of negotiation," it said.

That implied that the Taliban would negotiate if the U.S. did not insist on the acceptance of a U.S. military presence in the country.

The day after the Taliban proposal to Washington, Afghan President Hamid Karzai made a public plea to the United States to engage in direct negotiations with the Taliban leadership.

In an interview with CNN's Christiane Amanpour, Karzai said there is an "urgent need" for negotiations with the Taliban, and made it clear that the Obama administration had opposed such talks.

Karzai did not say explicitly that he wanted the United States to be at the table for such talks, but said, "Alone, we can't do it."

Gareth Porter is an investigative historian and journalist specialising in U.S. national security policy. The paperback edition of his latest book, "Perils of Dominance: Imbalance of Power and the Road to War in Vietnam", was published in 2006.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern